

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

(A)	Oliver Kaczmarek Christina Kampmann Ralf Kapschack Gabriele Kaczmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Arno Klare Lars Klingbeil Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Dr. Hans-Ulrich Krüger Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Hiltrud Lotze Kirsten Lühmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Bettina Müller Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich	Dietmar Nietan Ulli Nissen Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Sabine Poschmann Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann René Röspel Michael Roth (Heringen) Bernd Rützel Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner	Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Ursula Schulte Sven Schulz (Spandau) Ewald Schurer Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Rainer Spiering Norbert Spinrath Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Peer Steinbrück Kerstin Tack Claudia Tausend Michael Thews Wolfgang Tiefensee Carsten Träger Rüdiger Veit Ute Vogt Dirk Vöpel Bernd Westphal Dirk Wiese Gülistan Yüksel Dr. Jens Zimmermann	Enthalten CDU/CSU Dr. Stefan Kaufmann Dr. Philipp Lengsfeld SPD Heinz-Joachim Barchmann Dr. Daniela De Ridder Dagmar Freitag Dirk Heidenblut Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Cansel Kiziltepe Dr. Bärbel Kofler Detlev Pilger Mechthild Rawert Stefan Rebmann Andreas Rimkus Dr. Ernst Dieter Rossmann Susann Rührich Gabi Weber Andrea Wicklein Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Stefan Zierke	(C)
-----	---	--	---	--	-----

- (B) Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Tagesordnungspunkt 8 b. Abstimmung über den Entwurf –
nen zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze im Bereich des Adoptionsrechts. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1488, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/577 (neu) a – lehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 8 c. Abstimmung über den Entwurf –
nen zum Europäischen Übereinkommen über die Adoption von Kindern. Der Ausschuss für Recht und

- Verbraucherschutz empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1488, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/842 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 sowie Zusatzpunkt 6 auf:

- 9 Beratung des Antrags der Abgeordneten Harald Ebner, Bärbel Höhn, Steffi Lemke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG betreffend die den Mitgliedstaaten eingeräumte Möglichkeit, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen
KOM(2010) 375 endg.; Ratsdok. 12371/10 Add. 1

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) **Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Agro-Gentechnik anerkennen – Gentechnikfreiheit im Pflanzenbau dauerhaft sichern**

Drucksache 18/1453

ZP 6 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Grüne Gentechnik – Sorgen und Vorbehalte der Menschen ernst nehmen, Selbstbestimmung stärken, Wahlfreiheit ermöglichen

Drucksache 18/1450

Über beide Anträge werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte die Kollegen, jetzt entweder Platz zu nehmen oder den Saal zu verlassen, wenn sie zu anderen Sitzungen müssen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Harald Ebner, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gestern früh wurden dem Deutschen Bundestag von den Ökoverbänden über 100 000 Unterschriften übergeben, verbunden mit dem Aufruf, Gentechnikfreiheit in Deutschland und Europa zu sichern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

Es gibt einen klaren Auftrag der Bevölkerung an die Politik, die Gentechnikfreiheit zu sichern, das heißt, dafür zu sorgen, dass in Deutschland und möglichst auch in Europa keine gentechnisch veränderten Pflanzen wachsen.

(Zuruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Was muss man tun, um dieses Ziel zu erreichen? Man muss, Herr Kauder, an den Zulassungsverfahren ansetzen. Wir müssen die sozioökonomischen Risiken prüfen. Wir müssen die langfristigen Risiken prüfen, und wir müssen eine unabhängige Risikoprüfung sicherstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Solange das nicht erledigt ist, dürfen keine neuen Gentechnikpflanzen zugelassen werden und so lange brauchen wir uns auch nicht über die nächsten notwendigen Schritte zu unterhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

All das haben der EU-Umweltministerrat 2008, das Europaparlament 2011, der Bundesrat im April dieses

Jahres und gestern mit der Übergabe der Unterschriften noch ein Haufen Menschen in diesem Land gefordert. Mit entsprechenden Maßnahmen soll das Einfallstor für die Gentechnik pollenfest verschlossen werden. Genau das sind die Forderungen, die in unserem gemeinsamen Antrag mit den Linken gestellt werden. Jetzt versuchen Sie, die Menschen im Land mit einem dreisten Täuschungsmanöver in die Irre zu führen. Was Sie von der Großen Koalition in Ihrem Antrag heute fordern, führt zu mehr Anbauzulassungen und damit zu mehr Gentechnik in Europa und Deutschland. (C)

(Ute Vogt [SPD]: Quatsch! Doch nicht in Deutschland!)

Sie reißen für die Gentechnikkonzerne durch Ihre Unterstützung der Zulassung von Merkel-Mais die Tür zur EU weit auf, und Sie schaffen die Kennzeichnung von Genhonig ab. Das ist das Gegenteil von Transparenz und Wahlfreiheit, die Sie in Ihrem Antrag versprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Landwirtschaftsminister Schmidt und die Umweltministerin fordern seit Monaten die Unterstützung des Vorschlags der griechischen Ratspräsidentschaft zu nationalen Anbauverböten. Verschwiegen wird dabei aber das Ziel dieses Vorschlags. Nach einer Weisung der Regierung Merkel an den Umwelttrat von 2012 lautet es nämlich: Die nationalen Anbauverbote sollen den Zulassungstau für gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa beseitigen. – Nach dem Stau kommt die Flut, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Alois Gerig [CDU/CSU]: Ach, das ist doch Asbach Uralt!)

Dieser Vorschlag von Dalli war schon 2010 falsch, er war 2011 falsch, und er ist es heute noch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was steht darin? Die EU-Mitgliedstaaten müssen als Bittsteller bei der Industrie auftreten, wenn sie in ihrem Land keinen Anbau von Genpflanzen haben wollen. Im neuesten Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft ist diese Verknüpfung nach wie vor enthalten: Erst muss man bei den Hersteller

-lungen mit Monsanto und BASF & Co. ist das einzig Fassbare an diesem Vorschlag. Die Anbauverbote bezüglich Phase II sind so schwammig formuliert und so widersprüchlich, dass alle von uns befragten Juristen inklusive des Wissenschaftlichen Dienstes große Fragezeichen hinter die Rechtssicherheit setzen. Was Sie wollen, ist also erstens eine Kungelei mit der Industrie und zweitens ein Geflecht juristischer Fallstricke, bei denen niemand vorhersagen kann, liebe Kollegin, ob das Instrument überhaupt funktioniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Ach, das ist doch gar nicht wahr! Du solltest mal unseren Antrag lesen! Das wäre von Vorteil!)

Harald Ebner

- (A) An die eigentlichen Punkte, die Zulassungsverfahren, gehen Sie gar nicht heran. Sie holen uns den Trojaner ins Haus. Das heißt, wenn Sie etwas gegen Einbrüche tun wollen, machen Sie erst einmal die Haustür bzw. die Wohnungstür auf,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Na klar! Dann wird bestimmt nicht eingebrochen!)

u

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dafür wollen Sie sich jetzt feiern lassen?

In Ihrem Antrag stehen Dinge, die bei der Industrie die Sektkorken knallen lassen; das kann man klar belegen. Ich habe hier nämlich ein Strategiepapier der europäischen Gentechniklobby vom September 2012. Es ist ein minutiöses Drehbuch, wie der Gentechnik in Europa endgültig zum Durchbruch verholfen werden soll. Darin steht jeder Akt dieses Marionettentheaters, das wir gerade erleben:

Akt eins. Um Druck aufzubauen, soll die Kommission eine Anbauzulassung auf den Weg bringen, damit die Mitgliedstaaten einem Opt-out zustimmen und kompromissbereiter werden. – Mit dem Merkel-Mais ist das bereits erfolgt.

Akt zwei. Anbauverbote sollen nur möglich sein, wenn vorher mit der Industrie verhandelt wurde. – Das ist erledigt; das steht in Phase I.

- (B) (Ute Vogt [SPD]: Quatsch!)

Akt drei. Die Mitgliedstaaten sollen nur dann die Möglichkeit für Anbauverbote bekommen, wenn sie nicht gegen weitere EU-Anbauzulassungen stimmen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja ungeheuerlich!)

Und: Um die Bundesregierung für Opt-out zu gewinnen – das steht darin –, sollte die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Honig mit Gentechnikbestandteilen zügig abgeschlossen werden. – Das ist am 8. Mai dieses Jahres erfolgt, mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung.

Die Große Koalition arbeitet das Drehbuch also brav ab, und das wollen Sie uns als Ausstieg aus der Gentechnik verkaufen. Ich sehe das eher als eine sozialdemo-

nikfreiheit. Gehen Sie die lückenhaften EU-Zulassungsverfahren an. Hören Sie auf, die Menschen im Land hinter den Merkel-Mais zu führen. Machen Sie Schluss mit dem Verwirrspiel. Steigen Sie aus. Stimmen Sie mit uns für die Gentechnikfreiheit in Deutschland und Europa, lieber Kollege Gerig. Jetzt kommt es darauf an.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Alois

- Gerig [CDU/CSU]: Solche Reden muss man halten, wenn die Felle weggeschwommen sind, mein Lieber! Mein Gott!)
- (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister Christian Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bleibt dabei: Europa ist dem Recht verpflichtet – nicht dem appellativen, sondern dem, was man an Verfahren entwickelt. Deswegen, lieber Kollege Ebner, bei allem Respekt: Weder Pinocchio noch sonst jemand ist hier unterwegs, es geht hier um eine ziemlich ernsthafte Sache: um die Frage, wie wir die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen, die Sie sehen, in Einklang bringen mit dem Recht in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Einsatz grüner Gentechnik ist in unserem Land ein Thema, das die Menschen umtreibt, übrigens sehr viel mehr als der Einsatz von Gentechnik beispielsweise bei der Herstellung von Medikamenten. Ich danke deswegen den Koalitionsfraktionen – und auch den Bundesländern – dafür, dass sie das Thema mit ihrem konstruktiven Antrag begleiten und der Regierung damit ein klarer Auftrag gegeben wird.

(D)

Wir müssen die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann tun Sie es!)

Sie verbinden mit dem Einsatz dieser modernsten Technik Ungewissheiten für Natur und Umwelt. Die Große Koalition ist fest entschlossen, in dieser Hinsicht keine Unklarheiten entstehen zu lassen. Das Meinungsbild in der Öffentlichkeit ist – Sie haben darauf hingewiesen – eindeutig geprägt. Wir hören den Menschen zu. Es ist der Bundesregierung bewusst, dass es weder in der Gesellschaft noch in der Politik eine Mehrheit für den Einsatz grüner Gentechnik in unserem Lande gibt. Vor allem sorgt die Menschen eines: Sie wollen sicher sein, dass der genetische Bauplan der bei uns reifenden Pflanzen nicht so umgebaut wird, dass die Statik des Neubaus nicht trägt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nun findet in Deutschland durch unsere schon jetzt strenge gesetzliche Regelu

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Seit dieser Zeit, seit Horst Seehofer, gibt es keinen Einsatz von grüner Gentechnik in Deutschland.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Was reden Sie denn da? Ihr habt doch
MON 810 zugelassen!)

– Kollegin Höhn, ich möchte einfach einmal sagen, dass wir Vorsorge getroffen haben. Die Rechtslage in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern am klarsten, es ist klar geregelt, was denjenigen, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, durch die verschuldensunabhängige Haftung an Verantwortung auferlegt wird.

Was gehört für mich zu verlässlichen Rahmenbedingungen, die von Dauer sind, die über das, was wir bisher haben, hinausgehen?

Erstens. Wir brauchen Rechtssicherheit.

Zweitens. W
cher.

Und drittens. Wir brauchen Perspektiven für eine Landwirtschaft auf ethischem Fundament.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Sonntag stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Die meisten von uns sind deshalb viel im Land unterwegs und werben für die Wertegemeinschaft Europa. Dabei bekommen wir immer wieder zu hören, dass Brüssel einheitliche Vorgaben für alle mache und dass es ab und zu notwendig sei, davon abzuweichen. Das war in einem ersten Versuch im Hinblick auf die Schaffung einer Regelung zu den Anbaubedingungen für gentechnisch veränderte Pflanzen nicht anders. Aber jetzt hat sich das Blatt gewendet: Was jetzt an Vorschlägen aus Brüssel vorliegt, stärkt das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten. Ich sage das, obwohl ich den endgültigen Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft noch nicht kenne; er ist gegenwärtig ja noch in Arbeit. Ich begrüße die Möglichkeit zum sogenannten Opt-out, das heißt, zur nationalen Regelung, ausdrücklich. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass wir davon ausgehen können, dass Koch und Kellner auf der richtigen Seite bleiben, das heißt, dass nicht der Staat, der von der Opt-out-Regelung Gebrauch machen will, mit dem Unternehmen, das einen Antrag stellen will, etwa Verhandlungen führen muss. Das geht so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Es geht eigentlich schlicht um den Ansatz, dem Grundsatz der Subsidiarität hier neue Geltung zu verschaffen. Lassen Sie uns in aller Klarheit festhalten, dass wir uns hiermit auf bestehende Vorstellungen und Befindlichkeiten zubewegen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Schmidt, gestatten Sie eine Bemerkung oder Frage des Kollegen Ebner?

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: (C)

Kollege Ebner, bitte.

(Ute Vogt [SPD]: Jetzt aber nicht weinen!)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, Sie haben soeben die richtige Frage angesprochen, wer Koch und wer Kellner ist. Das haben Sie auch schon gestern im Ausschuss gemacht und gesagt, Sie tragen es auf keinen Fall mit, dass die Staaten als Bittsteller auftreten müssen.

Liegt Ihnen denn der neue Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft vor? Gestern lag er ja wohl noch nicht vor. Ich habe jetzt ein inoffizielles Exemplar, das ich Ihnen gerne zukommen lasse. Liegt Ihnen dieser Text vor, in dem genau dieser Fall noch immer steht?

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Welche Exemplare Ihnen vorliegen, lieber Kollege, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, dass ich über die Verhandlungen, die im Augenblick stattfinden, das eine oder andere weiß.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt (SPD))

Die Forderung

(Zuruf von der LINKEN: Da spricht der Kellner!)

– nein, hier spricht der Koch –, (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

dass sich der Koch und der Kellner unterscheiden, muss darin aufgenommen werden. Wer das in Europa noch nicht geschrieben hat, der kann heute ja auch zuhören und erfahren, welche Meinung die Bundesregierung zu diesem Thema hat. Ich denke, Herr Kollege Ebner, wir sind hier genau der gleichen Meinung.

Im Übrigen bin ich der Meinung, wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Ich habe Ihren Antrag gelesen, in dem Sie sehr umfangreiche Ausführungen zur gentechnisch veränderten Maislinie 1507 gemacht haben. Sie und ich wissen, dass diese Maislinie in diesem Jahr aus Praktikabilitätsgründen gar nicht mehr angebaut werden kann.

Hinsichtlich der Frage, ob wir im nächsten Jahr Artikel 23 der EU-Freisetzungsrichtlinie, die Schutzklausel, anwenden sollten: Bei diesem Punkt hätte ich lieber mehr Rechtssicherheit durch eine nationale gesetzliche Regelung; denn wir wissen auch aus anderen Ländern, dass mit der Anwendung der Schutzklausel durchaus rechtliche Schwierigkeiten verbunden sind. Man möge nur die französische Rechtsprechung zum Thema MON810 in den letzten Wochen verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Deswegen: Wir begeben uns nicht auf Nebenkriegsschauplätze, sondern Sie können davon ausgehen, dass wir eine klare Zielvorgabe haben.

Transparenz für den Verbraucher ist das Weitere, was wir brauchen. Das „Ohne-Gentechnik“-Siegel haben wir bereits eingeführt. Daneben müssen wir die Wahlfreiheit der Kunden sicherstellen. Ich glaube –
 - ger Punkt: Der Verbraucher muss wissen, dass er auf in Deutschland erzeugte Produkte und auf den Pflanzenschutz in Deutschland, aber auch darauf vertrauen kann, dass er ein Stück Wahlfreiheit behält. – Ich gebe keine Glaubensbekenntnisse zu dieser Frage ab; die gebe ich im Gottesdienst in der Kirche ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin hier Pragmatiker und stelle fest, dass ich die Wahlfreiheit in Deutschland nur dann für jeden Einzelnen aufrechterhalten kann, wenn ich sicherstelle, dass bei uns gentechnisch veränderte Organismen nicht angebaut werden. Das ist die zweite Stufe dieser Regelung, und um dies und nichts anderes geht es.

Es mag sein, dass wir nicht auf den Einsatz der Grünen Gentechnik angewiesen sind. Bezogen auf die Gentechnik mit ihren Risiken und Chancen ist ein Schwarz-Weiß-Denken ziemlich kompliziert. Die Vereinten Nationen – also keine NGO und keine Pro-Gentechnik-Gruppe – weisen darauf hin, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf bis zu 9 Milliarden Menschen steigen wird. Wir werden 70 Prozent mehr Nahrungsmittel produzieren müssen. Ich bemühe mich gerade gemeinsam mit meinem Kollegen Gerd Müller, Afrikakonzepte zu entwickeln und die Erreichung dieses Ziels mit Grünen Zentren zu unterstützen.

(B)

Wir in Deutschland haben gute Böden, ein gutes Klima und gutes Saatgut. Eine leistungsstarke und nachhaltige Landwirtschaft sichert ertragreiche Ernten – Jahr für Jahr. Können wir das auch für Afrika sagen? Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir zwar für unser Land Entscheidungen treffen können, dass wir uns aber nicht anmaßen sollten, anderen Ländern, weder in Europa noch in der Welt, genau zu sagen, was für sie richtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will schon sagen, dass wir darauf achten müssen, in Forschung und Entwicklung nicht den Anschluss zu verlieren. W
 - schungslas
 leicht ich den Eindruck habe, dass die meisten deutschen Wissenschaftler im Bereich der Gentechnik ihren Wohnsitz schon längst in den USA oder in anderen Ländern dieser Welt, etwa in Brasilien, genommen haben.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So ist es leider!)

Wir müssen aber die wissenschaftliche Kompetenz – das ist das einzig Nachhaltige bei uns – erhalten und pflegen, wenn wir die internationale Entwicklung eigenständig

zum Wohle des Verbraucherschutzes und des Naturschutzes beeinflussen wollen. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ablehnung Grüner Gentechnik für Deutschland ergibt sich für mich aus diesen pragmatischen Überlegungen. Wenn sich die Europäische Union, der Ministerrat und die anderen europäischen Institutionen zu einer Opt-out-Regelung entschließen, dann werden wir diese Option wahrnehmen und dann zügig über die Frage einer Übertragung auf Deutschland reden.

Ich will hier klar sagen: Um den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland nicht zuzulassen, sehe ich keinen anderen Weg, als ihn in einer nationalen Gesetzgebung zu untersagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist unser Ziel und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann hat nun für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Wir diskutieren über die Agrogentechnik schon sehr lange und sehr kontrovers. Ich finde, dieser demokratische Streit hat sich gelohnt, weil sich Mehrheiten verändert haben. Inzwischen lehnen 80 Prozent der Bevölkerung diese Risikotechnologie ab. Viele NGOs haben sich sehr darum bemüht und arbeiten weiterhin sehr intensiv daran, dass die Öffentlichkeit über die Gefahren dieser Risikotechnologie aufgeklärt wird, aber auch über die Strategie der Konzerne, die dahinterstehen und über die der Kollege Ebner schon gesprochen hat. Ich finde, es ist heute an der Zeit, den NGOs dafür zu danken. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute geht es in dieser Debatte um einen Aspekt von vielen, nämlich um die Frage, ob es EU-Mitgliedstaaten erlaubt sein soll, zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet nicht anbauen zu lassen. Bisher ist das – zugegebenermaßen – sehr restriktiv und rechtsunsicher geregelt. Die Linke will ein gentechnikfreies Europa. Deswegen ist für uns das nationale Anbauverbot nur die zweitbeste Lösung.

In Brüssel wird seit langem über diese Option, das sogenannte Opt-out, diskutiert. Deshalb ist die Debatte zu den Regeln, nach denen dieses Opt-out gewährt werden soll, extrem wichtig; denn wo Opt-out draufsteht, ist oft ein vergiftetes Angebot drin. Ich nenne hier als Beispiel den aktuellen Entwurf der griechischen Ratspräsidentschaft. Mit diesem Entwurf werden Mitgliedstaaten zu Bittstellern bei den Konzernen gemacht, so wie das der

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Minister gestern im Ausschuss auch schon formuliert hat. Das ist für uns Linke absolut indiskutabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist völlig egal, ob die Gespräche direkt abgehalten werden sollen oder ob das Ganze über die EU-Kommission laufen soll. Das wäre ein politischer Kniefall vor handfesten wirtschaftlichen Interessen. Das kann man in einer Demokratie nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem sind in diesem Vorschlag die Hürden für einen Ausstieg aus dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen so hoch, dass ich dazu nur sagen kann: Das ist ein Scheinangebot. Es ist also nicht nur vergiftet, sondern gar kein richtiges Angebot. Auch das ist aus unserer Sicht nicht verhandelbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung wollte bisher gar kein nationales Anbauverbot haben; die Gründe dafür standen im Gegensatz zu denen der Linken. Sie wollte und will den Anbau dieser Pflanzen, zumindest in der Union ist das klar. Aber der öffentliche Proteststurm gegen die Enthalt

k

den.

- (B) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber statt nun konsequent zu handeln, versucht die Kanzlerin einen Trick. Kollege Ebner hat es schon erläutert. Sie erklä l für ein nationales Anbauverbot zu stimmen. Sie meint aber das vergiftete Scheinangebot der griechischen Ratspräsidentschaft. Sie tut also aus meiner Sicht nur so, als ob sie auf die kritischen Stimmen hören würde. Und weil einige Fachleute – a – das schon geahnt haben, haben wir uns bereits am 25. April mit einer gemeinsamen Initiative an alle Kolleginnen und Kollegen gewandt. Ich danke übrigens allen Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Gruppe sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Forderungen lauten in Kurzfassung: die griechische Opt-out-Variante ablehnen, Zulassungsverfahren deutlich verbessern und sozial-ökonomische Risiken ber

len Gruppe auf.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das will ich als Linke gerne zugestehen.

(C) Aber wichtiger für die Bewertung des Antrags ist, was nicht darin enthalten ist. Es fehlt nämlich zum Beispiel der Ausschluss einer Bittstellerfunktion der Mitgliedstaaten gegenüber den Konzernen. Ich frage mich, warum Sie das nicht in den Antrag aufgenommen haben. Für uns Linke ist das nämlich ein absolutes No-Go.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens fehlt die Forderung nach der kritischen Überarbeitung des Zulassungsverfahrens. Aber nur damit können wir verhindern, dass in Europa gefährliche Pflanzen zugelassen werden. Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch das angehen, und deshalb müsste es auch im Antrag gefordert werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens fehlt der Auftrag an die Bundesregierung, in Brüssel gegen sämtliche Zulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen zu stimmen, zumindest solange das Zulassungsverfahren nicht deutlich verbessert worden ist.

Dass die SPD trotzdem versucht, diesen Antrag, der aus meiner Sicht ein Minikompromiss ist, als großen Wurf und als Durchbruch zu feiern, finde ich sehr bedauerlich. Ich hätte mir eine etwas kritischere Sicht auf die eigene Rolle gewünscht. Aber ich finde trotzdem: Es ist ein wichtiger Schritt. Das ist anerkannt. Ich freue mich und bedanke mich auch noch einmal bei den Grünen, dass eine gemeinsame Positionierung der Opposition möglich war. (D)

Allen Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen biete ich heute noch einmal ausdrücklich an, gemeinsam für unser Ziel weiterzustreiten, nämlich für ein gentechnikfreies Europa.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, es wurde schon angesprochen: Gestern haben wir Unterschriften von über 100 000 Bürgerinnen und Bürgern überreicht bekommen, die uns aufgefordert haben, den Gentechnik-Anbau zu verhindern.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Was ist das gegen die 79 Millionen?)

Täglich gehen bei uns allen Bürgerbriefe mit der gleichen Aufforderung ein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dazu eine klare Position: Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab;

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

denn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will solche Pfla

men mit den Kollegen von der CDU/CSU einen Antrag einbringen können,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der leider nicht hilft!)

mit dem wir die nationalen Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem GVO-Anbau entscheidend verbessern wollen. Unser Koalitionspartner hat dafür einen weiten Weg gehen müssen. Aber auch wir haben Abstriche machen müssen. Das Ergebnis kann sich dennoch sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie und euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich vorurteilsfrei mit diesem Antrag zu befassen, statt in die übliche Grabenkampfrhetorik zu verfallen. Anders als manche behaupten, enthält unser Antrag nämlich keine grundsätzliche Zustimmung zum griechischen Vorschlag. Er ist eine Diskussionsgrundlage, und wir stellen Bedingungen an seine Ausgestaltung.

Die wichtigsten Punkte dabei sind die Rechtssicherheit bei den Ausstiegsmöglichkeiten und die Erweiterung, das heißt *nach* der EU-Zulassung des entsprechenden GVO. Der Ausstieg soll nämlich jederzeit möglich sein – ich betone: jederzeit –, und es müssen dafür keine neuen Forschungsergebnisse bzw. objektiven Gründe vorgelegt werden. Das heißt, jederzeit müssen die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten haben, etwa nach einem Regierungswechsel, aus dem Anbau auszusteigen. Bisher wird nämlich nur der jederzeitige Anbaueinstieg offengehalten. Die Befreiung der Mitgliedstaaten von der Vorlage neuer Forschungsergebnisse zur Begründung ihres Ausstiegs aus dem GVO-Anbau soll gewährleisten, dass die Opt-out-Regelung wirklich eine Erleichterung gegenüber dem derzeitigen Recht darstellt; denn bereits jetzt können die Mitgliedstaaten gemäß der sogenannten Schutzklausel – wohlgermerkt: in einem sehr schwierigen Verfahren – nach Vorlage neuer Studien aus dem Anbau aussteigen, wie etwa bei MON 810. Eine Neuregelung muss also einen Mehrwert bringen. Ich sage ganz deutlich: Das sind die für eine Zustimmung unverzichtbaren Bedingungen.

Der aktuelle griechische Vorschlag verpflichtet – darauf wurde schon verschiedentlich hingewiesen – die Mitgliedstaaten, die keinen GVO-Anbau wollen, dazu, bei den Unternehmen um Ausnahme zu bitten. Man muss sich das einmal vorstellen: Staaten sollen sich auf die Ebene von Unternehmen begeben müssen. Ich denke, das kann keiner von uns wollen; denn dann wäre die Souveränität eines Staates eindeutig beschädigt. Dass die EU-Kommission als Verhandler zwischengeschaltet werden soll, ist nur die zweitbeste Lösung.

Wir wollen eine Regelung, die den Einfluss der Unternehmen einschränkt. Das möchte ich insbesondere an die Adresse meines Kollegen Ebner sagen.

- (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

W

liedstaaten in der sogenannten Phase II, also *nach* der Zulassung, ohne die Einwilligung von Unternehmen den GVO-Anbau untersagen können. Damit wäre der für uns Bürgerinnen und Bürger sowie für viele Umwelt- u

lich der gestiegene Einfluss der Unternehmen, entscheidend entschärft und die Souveränität der Mitgliedstaaten gewährleistet.

Einen weiteren für die Verbraucherinnen und Verbraucher wichtigen Punkt – der Minister hat ihn in seiner Rede schon erwähnt – möchte ich kurz ansprechen. Ich finde nach wie vor, dass die Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden, wichtig ist.

- (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

W

– das möchte ich in Richtung des Koalitionspartners ganz deutlich formulieren –, uns in Brüssel genau dafür starkzumachen. Diese Vereinbarung soll n

gen. Bitte lassen Sie uns daran arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Kees de Vries hat für die Fraktion der CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über zwei Anträge ab. Beide betreffen die Grüne Gentechnik. Fangen wir mit dem Antrag der Grünen und der Linken an. Dieser verwendet sehr viele Worte darauf, dass letztendlich Gentechnik inklusive Forschung in Europa verhindert werden soll.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gut so!)

Damit koppeln wir uns von einer weltweiten Entwicklung ab

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

u

fach unsere Pflicht, einen solchen Antrag abzulehnen.

(C)

(D)

Kees de Vries

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mut zum Risiko, Herr Kollege!)

Kommen wir nun zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Diesem ist ein langer und intensiver Diskussionsprozess von der fraktionsoffenen Sitzung bis zur heutigen Vorlage vorausgegangen. Tatsächlich, wenn ich mir diesen Antrag anschau, kann auch ich sagen: Es hat sich gelohnt. Es wird aber niemanden verwirren. Ich bin froh, in einem Land leben zu dürfen, in dem eine solche Entscheidung auf so einem Weg zustande kommen kann und in diesem Fall auch zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dennoch sollten wir die Augen nicht davor verschließen, dass diese Diskussion viel zu sehr auf emotionaler Basis geführt wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sechs auch von Deutschland teuer bezahlte EFSA-Studien, die in dem letzten hier diskutierten Fall der Zulassung der Maislinie 1507 eine höchstmögliche Sicherheit für Gesundheit und Umwelt bewiesen haben, werden einfach infrage gestellt.

- (B) (Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Die ist auch sehr neutral, die EFSA!)

Hier wurde eine Stellungnahme auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens eines für Fragen der Gentechnik zuständigen Expertengremiums abgegeben. Dieses Gremium setzt sich aus unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen zusammen,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Na ja! Daran gibt es durchaus Zweifel!)

die von spezialisierten Arbeitsgruppen unterschiedlicher Fachgebiete, zum Beispiel der Allergologie, Ökologie oder Toxikologie, unterstützt werden. Wenn von diesen unabhängigen Wissenschaftlern in mehreren Nachprüfungen festgestellt wird, dass es keine nachteiligen Wirkungen gibt, können wir eigentlich gegenüber diesen Gremien ein gewisses Maß an Respekt aufbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso haben Sie das bei Mais 1507 nicht gemacht? – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wenn das Verfahren falsch ist, ist auch das Ergebnis falsch!)

Aber ich weiß natürlich auch, dass es politische Kreise gibt, die kein Interesse haben, in diesem Sinne aufzuklären. Ich bin beeindruckt, dass es diesen Kreisen gelungen ist, die Angst vor dem Unbekannten so zu

schüren, dass sogar Teile dieses Hauses dadurch beeinflusst worden sind. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Oh mein Gott!)

Ich meine, es wird auf Dauer nicht gut gehen, wenn Angst der Ratgeber ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten nicht Angst mit Vorsorge verwechseln!)

– Genau, Herr Ebner, das haben Sie richtig erkannt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Dann hat das Europäische Parlament auch unrecht!)

Wahlfreiheit und Kennzeichnung sind für mich die entscheidenden Punkte in diesem Antrag. Ich bin der Meinung, dass das Ziel eine lückenlose und praktikable Kennzeichnung von allen – ich betone: von allen – GVO sein soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der einfache Satz „Mithilfe von Gentechnik produziert“ ist da völlig ausreichend. Das würde zu Klarheit und Wahrheit beitragen. Ich habe gute Hoffnung, dass auch unsere Kollegen der Grünen wenigstens diese Transparenzregelung mittragen.

W

gen, nein, wir sichern zudem im Interesse einer sachlich und wissenschaftlich fundierten Politik für das Wohl des Landes und der Menschen die Forschungsfreiheit. Das ist der entscheidende Unterschied zum Antrag der Grünen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist übrigens auch ein Antrag der Linken!)

Ich spreche mich deshalb so deutlich für Forschungsfreiheit aus, weil ich sicher bin, dass die Forschung in Deutschland und Europa unabhängig und von sehr hoher Qualität ist und darum hier erhalten werden muss,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

u

ten Ängste der Bürgerinnen und Bürger abbauen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulla Schmidt [Aachen] [SPD] – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ein Gespenst geht um!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Dr. Matthias Miersch das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Dr. Matthias Miersch (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege de Vries, ich will mit Ihnen auch heute nicht in der Sache diskutieren;

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist ja klar!)

wir haben da sicherlich ganz unterschiedliche Auffassungen. Aber ich möchte mich bei Ihnen ausdrücklich dafür bedanken, dass wir trotz der Unterschiede in der Sache diesen Antrag heute hier gemeinsam verabschieden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es ist erst ein paar Wochen her, dass ich, ebenfalls an dieser Stelle, gesagt habe, dass ich es nicht für akzeptabel halte, dass sich eine Bundesregierung bei der Frage, ob eine gentechnisch veränderte Sorte auf der EU-Ebene zugelassen wird, enthält. Ich bin nach wie vor dieser Auffassung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Umso besser ist, dass wir als Parlamentarier unsere Verantwortung in den letzten Wochen wahrgenommen haben. Jetzt, in einer Phase, in der es um eine sehr zentrale weitere Frage auf europäischer Ebene geht – wie kann eine nationale Ausstiegsklausel formuliert werden? –, zeigen wir in diesem Parlament klar Flagge und geben der Bundesregierung Handreichungen mit auf den Weg. Das ist ein entscheidendes Signal dieses Parlaments.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ich möchte hier eine Sache wirklich sehr deutlich klarstellen. Was ich meine, trifft jeden. Harald Ebner, man sollte damit sehr vorsichtig umgehen. Von einem Täuschungsmanöver zu sprechen, ist eine Ungeheuerlichkeit für jeden, der sich mit diesem Antrag auseinandergesetzt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dahinter steht natürlich, dass Sie überhaupt nicht damit gerechnet haben, dass diese Große Koalition zu diesem Antrag fähig ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie schreiben ja selbst in dem von Ihnen gestellten Antrag, eine nationale Opt-out-Klausel werde diese Bundesregierung wahrscheinlich nie verfolgen. Wir sind weiter. Wir haben die Sprachlosigkeit dieser Bundesregierung durch diesen Antrag beendet, indem wir gesagt haben: Wir wollen eine nationale Ausstiegsklausel, und wir wollen sie gerade nicht so wie die griechische Ratspräsidentschaft; vielmehr wollen wir die Souveränitätsrechte des Parlamentes sichern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das muss man schon zur Kenntnis nehmen. Auch (C) Umweltverbände sagen: Ja, das, was hier gemacht wird, ist die zweitbeste Lösung. Denn sie wissen, zumindest wir würden es begrüßen, wenn auf europäischer Ebene nichts mehr stattfände. – Ich erinnere die Grünen daran, dass auch Frau Künast die Erfahrung machen musste, dass das alles auf europäischer Ebene nicht so einfach ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich musste als Anwalt Rechtsgutachten über die Frage der Verfassungsgemäßheit von gentechnikfreien Regionen auf kommunaler Ebene schreiben. Wir reden jetzt nicht über gentechnikfreie Regionen auf kommunaler Ebene, sondern wir reden über nationale Ausstiegsklauseln. Ich finde, das ist viel besser.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Schmidt, ich bin für Ihre Äußerungen sehr dankbar. Dieser Antrag soll Sie und Barbara Hendricks bei Ihren Beratungen in Brüssel unterstützen; schließlich wird in den Schlussverhandlungen dort sicherlich noch das eine oder andere verhandelt werden müssen. Ich sage ganz eindeutig: Der Satz, dass ein nationales Parlament jederzeit von einer Ausstiegsklausel Gebrauch machen können muss, ist sehr zentral.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es darf eben nicht so sein, dass ein Unternehmen einem Staat vorschreiben kann, wie er mit dem Thema Grüne (D) Gentechnik umzugehen hat. Das ist ein sehr zentraler Punkt. Ich bin dankbar dafür, dass Sie das heute hier so betont haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Miersch, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Ebner?

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Bitte.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Da kannst du jetzt noch was klarstellen!)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Kollege Miersch, würden Sie bestreiten, dass es mit einer Opt-out-Klausel europaweit zu mehr Zulassungen kommt, wie es in dem von mir eben zitierten Lobbypapier von vielen Spezialisten, auch von den Anbauverbänden und den Umweltverbänden, prognostiziert wird?

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Vielen Dank für diese Frage, Herr Kollege Ebner, weil Sie mir so Gelegenheit geben, bei der knappen Redezeit diesen Zusammenhang doch noch einmal aufzuzeigen.

Dr. Matthias Miersch

- (A) Ich glaube, Sie haben völlig verkannt, dass wir hier heute über eine Thematik reden, die gerade in den nächsten Wochen in Brüssel zur Debatte steht. Es geht darum, ob ein nationales Recht besteht, trotz Zulassung von einer gentechnisch veränderten Sorte im eigenen Land abzusehen. Das ist ein zentrales Moment und ein zentraler Fortschritt. Das hat mit der Zulassungsfrage an dieser Stelle überhaupt nichts zu tun, sondern mit der Autonomie des Mitgliedstaats.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was nutzt das an der holländischen Grenze, am Niederrhein?)

Das hätte etwas damit zu tun, wenn es eine Kooperation mit den antragstellenden Unternehmen gäbe, was Sie zu Recht kritisiert haben. Aber genau das will das Parlament nicht. Wir wollen, dass das Souveränitätsrecht jederzeit gewahrt ist. Deswegen ist das ein zentraler Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

W

Ihnen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass das Thema Grüne Gentechnik eines ist, was an ethische Grundsätze geht. Wir haben heute gerade die erste Sitzung der Endlagersuchkommission gehabt, die wir alle zusammen eingesetzt haben. Ich wünsche mir, dass es irgendwann dazu kommt, dass wir auch eine gemeinsame Entscheidung zum Thema Grüne Gentechnik treffen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass jetzt jedenfalls die Blockade innerhalb der Bundesregierung aufgelöst ist und dass es, wenn man den Duktus des Antrags ernst nimmt, bei den nächsten Zulassungsfragen nicht mehr zu Enthaltungen kommen wird, sondern zu einem klaren Votum im Sinne dieses Antrags,

(Beifall bei der SPD)

nämlich zur Ablehnung der Zulassung. Insofern ist das ein deutliches Signal.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Abstimmung! Ich habe noch ein paar Termine!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu zwei namentlichen Abstimmungen.

Tagesordnungspunkt 9. Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf Drucksache 18/1453 mit dem Titel „Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Agrogentechnik anerkennen – Gentechnikfreiheit im Pflan-

zenbau dauerhaft sichern“. Wir stimmen über den Antrag auf Verlangen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke namentlich ab. (C)

Während die Schriftführerinnen und Schriftführer die vorgesehenen Plätze einnehmen, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass mir mehrere Erklä

– Das ist der Fall. Ich eröffne die erste namentliche Abstimmung.

Gibt es noch ein Mitglied des Hauses, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit. Zusatzpunkt 6. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf der Drucksache 18/1450 mit dem Titel „Grüne Gentechnik – Sorgen und Vorbehalte der Menschen ernst nehmen, Selbstbestimmung stärken, Wahlfreiheit ermöglichen“. Wir stimmen jetzt über den Antrag auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD namentlich ab.

Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer am vorgesehenen Platz? – Das ist der Fall. Ich eröffne die zweite namentliche Abstimmung.

Gibt es noch ein Mitglied des Hauses, welches seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. (D)

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Ergebnisse der beiden Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

Drucksache 18/1415

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklu

Itsausschuss gemäß § 96 der GO

¹⁾ Anlagen 8, 9, 10

²⁾ Ergebnisse Seiten 3119 D, 3122 A